

Der Kreistag des Landkreises Nienburg/Weser hat in seiner Sitzung am 06. Juli 2012 einstimmig die nachfolgende Resolution verabschiedet:

## **Resolution zum Thema Fracking im Landkreis Nienburg**

Der Energiekonzern Exxon Mobil bereitet ausweislich von Presseberichten und weiteren Ankündigungen auf dem Gebiet der Gemeinde Leese (Bohrprojekt Leese Ost 1) einen Zulassungsantrag für Probebohrungen in das Schiefergestein vor. Die Erschließung dieser Lagerstätte erfordert das Aufbrechen des Gesteins durch Hydraulic Fracturing (Fracking).

In den letzten Monaten sind zunehmend Berichte bekannt geworden, wonach die Risiken dieser sogenannten unkonventionellen Gasförderung aus Schiefergestein derzeit nicht absehbar und nicht beherrschbar sind. Die Bürgerinnen und Bürger in den betroffenen Gebieten und weit darüber hinaus sind in hohem Maße beunruhigt.

Der Einsatz hochproblematischer Chemikalien beim Fracking sowie das bei der Förderung anfallende sogenannte Lagerstättenwasser, welches zum Beispiel mit Benzol, Schwermetallen und radioaktiven Substanzen belastet sein kann, birgt höchste Gefahren für Mensch und Umwelt. Zahlreiche Veröffentlichungen und Studien weisen auf diese Risiken deutlich hin.

Der Kreistag Nienburg lehnt daher das Projekt der Exxon Mobil (wie auch von jedem anderen Unternehmen) in Leese, wie auch an allen anderen Standorten im Landkreis Nienburg solange ab, bis wir davon überzeugt sind, dass die Risiken ausgeschaltet werden können und eine Langzeitsicherheit durch unabhängige Gutachter nachweisbar ist.

Als besondere Gefahren sehen wir die Verunreinigung des Grund-, Mineral- und Trinkwassers sowie des Oberflächenwassers. Weiterhin besteht die Gefahr von Erdbeben, welche Schäden an Gebäuden und vor allen an technischen Einrichtungen verursachen können.

Die bereits zahlreich aufgetretenen Zwischenfälle in Norddeutschland belegen, dass die ausführenden Unternehmen zur Zeit keine Sicherheit gewährleisten können.

## Wir erwarten daher:

1. Den kurzfristigen Erlass eines Moratoriums um alle Probebohrungen und Fördermaßnahmen mittels Fracking zu stoppen. Ähnliches gibt es bereits in Nordrhein-Westfalen, Frankreich und anderen Ländern. Das Moratorium soll solange gelten bis wissenschaftlich geklärt ist, ob Verunreinigungen von Boden, Oberflächen- und Grundwasser sowie Erdbeben, verursacht durch dieses Verfahren, auch langfristig ausgeschlossen werden können. Wir wollen hier keine Altlasten für nachfolgende Generationen.
2. Die Gesundheit der Menschen im Landkreis Nienburg sowie die gute Qualität des Mineral- und Trinkwassers muss mit oberster Priorität geschützt werden und somit gilt es schon die geplante Probebohrung wie auch die mögliche spätere Erdgasförderung zu verhindern. Es handelt sich um eine riskante Technologie, deren mögliche Folgen nicht kontrollierbar, nicht rückholbar und nicht reparabel sind. Die ausführenden Unternehmen können eine Langzeitsicherheit nicht gewährleisten. Es bestehen dadurch Risiken für Mensch und Natur. Alle bisher genutzten Techniken bei der unkonventionellen Erdgasförderung sind bezogen auf die anfallenden Risiken nicht abschließend zu beurteilen. Bei Unfällen gibt es keine wirksamen Gegenmaßnahmen.
3. An die politischen Handlungsträger in Bund, Land und Kommunen wird die Aufforderung gerichtet, sich für eine umgehende Änderung der derzeitigen Rechtslage einzusetzen und für eine Veränderung des Bergrechts zu sorgen. Die Genehmigung von Probebohrungen ohne obligatorische Umweltverträglichkeitsprüfung und ohne eine umfassende Bürgerbeteiligung ist zu versagen. Kurzfristig ist dafür Sorge zu tragen, dass bis zu einer Garantie der Langfristsicherheit keine weiteren Probebohrungen und Gasförderungen mittels Hydraulic-Fracking stattfinden.
4. Die betroffenen Landkreise sind im Genehmigungsverfahren von Fracking-Vorhaben zu beteiligen. Bei der Notwendigkeit einer wasserrechtlichen Erlaubnis kann diese nur im Einvernehmen mit dem betroffenen Landkreis erteilt werden.
5. Die betroffenen Kommunen und die Öffentlichkeit sind umfassend zu informieren. Erdöl- und Erdgasförderindustrie sowie die Geothermiebranche sollen Informationen über bereits durchgeführte Frackingprojekte veröffentlichen.